

Merseburger Correspondent.

Erscheint:

Wöchentliche Beilage:

Abonnementspreis:

Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend früh 7 Uhr.
Zusätze: Die dreizehnte. Beilage 6 Pfg.
Expedition: Wälderstraße 8.

Illustrirtes Sonntagsblatt.

pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

N. 17.

Donnerstag den 8. Februar.

1877.

Das allgemeine directe Wahlrecht.

Die Wahrnehmung von dem Anwachsen der Socialdemokratie, wie es bei den diesmaligen Wahlen constatirt wurde, hat vielfach die Frage hervorgerufen, ob man den aus einer fernerer Anschwellung der demagogischen Elemente drohenden Gefahren nicht durch eine Aenderung des bestehenden Reichswahlrechts begegnen solle. Es ist bekannt, daß es in deutschen Landtagen mit ihrem indirecten und Klassenwahlmodus der Socialdemokratie nirgends gelingt Voten zu gewinnen; sie versucht es gar nicht einmal in der Erkenntnis der Erfolglosigkeit solcher Bemühungen. Das schrankenlose Reichswahlrecht aber, welches die Stimmen lediglich zählt und nicht wägt, verleiht den untern Volksklassen eine ausschlaggebende Bedeutung, und wie die socialistische Agitation und Verführung dieses günstige Terrain zu benutzen versteht, haben wir an dem stets wachsenden Erfolg gesehen. Es wäre nun freilich leicht, den Socialdemokraten durch eine Abänderung des Wahlverfahrens die Pforten des Reichstags so gut wie die des Landtags zu verschließen und es fehlt nicht an Andeutungen und Wünschen in dieser Richtung. Allein, wäre damit etwas gewonnen? Schafft man die socialistische Bewegung damit aus der Welt, daß man ihr die Möglichkeit nimmt, einige Reichstagsitze zu ermerben? Sicherlich nicht. Man würde sich höchstens in eine vererbliche Sicherheit einwiegen, man würde sich einer Selbsttäuschung über den Umfang dieser Bewegung und die Größe der Gefahr hingeben, wenn die Gelegenheit wegfiel, die ganze Stärke dieser Agitation und ihr Wachsthum von Zeit zu Zeit durch eine Abstimmung zu erfassen. Das Tugend Socialdemokraten im Reichstag ist gewissermaßen nur das Warnungssignal vor einer in den Tiefen unserer Gesellschaft gährenden Gefahr. Man muß dies Signal wohl beachten, nicht aber ihm die Möglichkeit entziehen, sich während vernünftig zu machen und sich dann der Täuschung hingeben, die Gefahr sei beseitigt. Eine Aenderung des Wahlrechts wäre das Eingeständnis der Furcht und würde unsere Gegner nur ruhmer und zurechtlicher machen. Die Bewegung würde mit und ohne Vertretung im Reichstag ihren Fortgang haben; sie würde sich nur geheimer und weniger kontrollirbar ausbreiten und plötzlich länder wie vor furchtbaren Thatsachen, von deren Veranlassungen wir keine Ahnung gehabt. Statt das allgemeine Stimmrecht anzuklagen, sollte man ihm vielmehr danken, daß es uns rechtzeitig warnen. Es mögen im Ganzen bei diesen Wahlen 600,000 socialistische Stimmen abgegeben sein, und selbst wenn wir alle diese Männer für entschiedene und überzeugungsvolle Mitglieder der Socialdemokratie halten wollen, so ist damit jedenfalls die höchste Summe der heutigen Anhänger dieser Partei erreicht. Das Reich zählt aber sicherlich 15 Millionen wahlberechtigter Männer. Wir sehen also, wie bedeutend noch immer das Uebergewicht der staatsgesellschaftserhaltenden Kräfte ist. Aber freilich, es müssen sich mehr als bisher sammeln und führen und der revolutionären Umfurzpartei mit aller Anstrengung entgegenarbeiten, damit, wenn wieder einmal die große Abstimmung erfolgt, das stoffige Kraut nicht noch höher aufgedrossen ist.

Deutschland.

Berlin. Se. Majestät der Kaiser hat dem Verein für die Geschichte Berlins, dessen Bestrebungen er die größte Aufmerksamkeit widmet, sein eigenes und des Kronprinzen Bildnis, von Fr. Hartwich lithographirt, zum Geschenk gemacht. — Die Kaiserin und die anderen hohen Herrschaften begaben sich am Sonnabend, dem 3. Februar, dem Geburtstage weiland der Prinzessin Karl, nach der Capelle des Schlosses zu Charlottenburg und legten dort auf dem Sarge der hochseligen Prinzessin Karl Kränze nieder. — Der Kronprinz hat an dem Gymnasium in Cassel ein Prinz Wilhelm-Stipendium von 1000 Mark jährlich errichtet. Diese Summe soll jährlich ein von dem Lehrercollegium vorgeschlagener würdiger und mittelbarer Schüler erhalten, um ihm den Besuch der Universität möglich zu machen. — Der Großfürst Konstantin von Rußland, Bruder des Kaisers Alexander, traf auf der Rückreise nach Petersburg am Sonntag Abend 9 Uhr aus Suttgart, wo derselbe der feierlichen Beisetzung der Leiche seines Schwiegersohnes, des Herzogs Eugen von Würtemberg beigezogen hatte, hier ein und nahm im russischen Botenfahrs-hotel Wohnung. Derselbe setzte am Montag Abend seine Rückreise nach Petersburg fort. — Wie der „Reichsanzeiger“ schreibt, sind auf Grund des Art. 6 der Verfassung von Se. Majestät dem Könige von Sachsen der Minister der auswärtigen Angelegenheiten v. Nostiz-Wallwitz, an Stelle des aus dem sächsischen Staatsdienst geschiedenen Staatsministers Frhm. v. Friesen, und der Staatsminister v. Fabricz zu Bevollmächtigten zum Bundesrat ernannt worden. — Aus Warschau war die Nachricht von einer dort bevorstehenden Dreikaiserzusammenkunft gemeldet worden. Das Dementi ist auf dem Fuße gefolgt. — Der „Reichsanzeiger“ enthält die kaiserliche Verordnung, betreffend die Einberufung des Reichstags zum 22. Februar d. J. — Wie mehrere Blätter melden, bereitet die Regierung eine Gesetzesvorlage über eine Anleihe von 30 Mill. Mark zur Linderung der durch die Nothat-Ueberschwemmung entstandenen Noth vor. — In Verfolg der in der Sitzung des Bundesraths vom 14. December v. J. gemachten vorläufigen Mittheilung, betreffend die von der österreichischen Regierung zugleich im Namen der italienischen Regierung an Deutschland gerichtete Einladung, der zwischen Oesterreich und Italien getroffenen Vereinbarung wegen des Schutzes der für die Bodencultur nützlichen Vogelarten beizutreten, hat jetzt der Reichskanzler die zwischen den genannten beiden Regierungen vereinbarte Declaration vom 5./29. November 1875 nebst dem zugleich mit der Einladung hierher mitgetheilten Entwurf eines Adhäsionsprotokolls dem Bundesrath zur Kenntnisaufnahme und Beschlußfassung vorgelegt. — Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Mehrere Zeitungen bringen die Nachricht, daß der Text des zwischen Deutschland und den Tonga-Inseln abgeschlossenen Vertrages in der „Tonga-Times“ vom 4. November veröffentlicht und darin die

Abtretung eines Hafens an Deutschland stipulirt sei. Wie sich aus einer Mittheilung ergibt, ist die letztere Nachricht unbegründet. Der König von Tonga hat, um der deutschen Marine die Einnahme von Bedarf nach Maßgabe der Gesetze des Landes zu erleichtern, im Besonderen um die Herrichtung einer Kohlenstation zu ermöglichen, im Freundschaftsvertrage der deutschen Regierung alle Rechte auf freie Benutzung des Grundes und Bodens an geeigneter Stelle, doch unbeschadet aller Hoheitsrechte, bewilligt, also weder die Landeshoheit noch einen Hafen abgetreten.

— Die Staatsberathung im Abgeordneten-hause hat sich, vornehmlich durch die leidige Taktik des Centrums, nutzlose Agitationsreden gewalttham in die Debatte zu ziehen, so verlängert, daß eine Erledigung der Arbeiten zu dem ursprünglich in Aussicht genommenen Termin (etwa 20. Februar) nicht mehr zu erwarten ist, namentlich da die Regierung noch mit einer Anzahl neuer Vorlagen gekommen ist, wie derjenigen über die Veranlagung der Grund-, Klassen- und Einkommensteuer und vielleicht auch noch ein Gesetzentwurf über die Hebung der Provinz Preußen in dieser Session zu erwarten ist. Es wird sonach die Nothwendigkeit eines gleichzeitigen Tagens von Reichstag und Landtag nicht ganz zu umgehen sein; doch darf man hoffen, diese unerquickliche Situation werde nur wenige Tage andauern. Es ist dringend geboten, den Reichstag noch eine Woche im Februar für seine Beratungen gewinnen zu lassen; denn der Etat muß verfassungsmäßig vor dem 1. April vollendet sein, und der Reichstag wird jede Stunde seiner Arbeitszeit sorgsam zu Rathe halten müssen, um dieses Ziel zu erreichen. In Zukunft, wenn erst die Verlegung des Staatsjahres vollständig durchgeführt ist, wird die Nothwendigkeit, den preussischen Landtag im Januar einzuberufen, hinwegfallen, der Reichstag wird gleich nach Neujahr zusammen-treten können, und es ist eine Erleichterung in der parlamentarischen Geschäftseinteilung zu erhoffen.

— Mit sehr großer Majorität hat am Dienstag das Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung des Zeughauses in Berlin, angenommen. Bei der Abstimmung über den entscheidenden § 1 der Vorlage erklärten sich nur die Ultramontanen und einige Mitglieder der Fortschrittspartei gegen den Entwurf.

— Nach langer Pause hielt das Herrenhaus am Montag wieder eine Sitzung, und zwar, wie es nicht allzu häufig vorkommt, vor dicht besetzten Tribünen. Der Grund der Neugierde des Publikums war die auf der Tagesordnung stehende Interpellation des Grafen v. d. Schulenburg-Beezendorf wegen Aufhebung der Sequestration des Vermögens des vor-maligen Königs von Hannover. Fürst Bismarck, der selbst erschienen war, erklärte, daß die Regierung zur Beantwortung bereit sei, und so begann denn der Interpellant die Begründung seiner Frage, welche Schritte die Regierung zu thun beabsichtige, um dem betreffenden vom hannoverschen Landtage gefaßten Beschluß Folge zu geben. Der Kernpunkt der Ausführungen des hochheudalen Redners war die Beschwerde, daß die Regierung ihre vertragsmäßigen Verpflichtungen gegen den König Georg nicht erfüllt habe. Da-

neben fehlte es nicht an allerlei Seitenhieben; so auf den Justizminister Leonhardt und selbst auf den Präsidenten des Abgeordnetenhauses. Der ganze Vortrag konnte nur den Eindruck machen, daß es dem Herrn Grafen weniger darum zu thun war, den König Georg wieder in den Genuß seines Vermögens zu bringen, als darum, der Regierung eine unbequeme Pflanzstunde zu bereiten. Beantwortet wurde die Interpellation durch den Geh. Rath Tiedemann, der sich auf den Nachweis beschränkte, daß die welfischen Umtriebe der Regierung eine Aufhebung des Provisoriums noch nicht gestattet, und die Versicherung hinzufügte, daß die Regierung die Friedenshand des Königs Georg, wenn dieselbe dargeboten würde, mit Vergnügen zu ergreifen bereit sei.

Das Gerichtsverfassungsgesetz für das deutsche Reich ist am 27. v. M. vom Kaiser vollzogen und wird demnächst im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden. — In Abgeordnetenkreisen will man wissen, daß die Vorlage über die Theilung der Provinz Preußen in den nächsten Tagen dem Abgeordnetenhause zugehen werde.

Die fünfte Abtheilung des Abgeordnetenhauses hat die Wahlen der Düsseldorf'scher Abgeordneten Hausmann und Jansen für ungültig erklärt. Die früheren Abgeordneten Düsseldorf's waren Vieisenbach und v. Kehler vom Centrum.

Fünf Abgeordnete waren nach beendigten Stichwahlen doppelt gewählt: Lasker, Haenel, Herz, Bebel, Hafenclever. Dieselben haben die Mandate angenommen für Meiningen, Kiel, Ansbach, Dresden, Berlin VI., so daß Nachwahlen stattfinden haben in den beiden Wahlkreisen der Stadt Breslau, in Berlin III., Glauchau, Altona. In einzelnen Wahlkreisen ist der Termin für die Nachwahl bereits festgestellt.

Die Session des Landesauschusses von Ost-Lothringen ist vom Bezirkspräsidenten Ledderhose am Montag in Straßburg eröffnet worden. Die Eröffnungsrede desselben wurde vom Alterspräsidenten Feurer mit einer durchweg loyalen Ansprache beantwortet. Bei der hierauf folgenden Wahl des Präsidiums und des Bureau's wurde Schlumberger zum ersten, Baron Jörn Wulach zum zweiten Präsidenten gewählt.

Es waren in der Praxis Zweifel darüber entstanden ob in Substitutionsfällen bei Berechnung des Stempels für den Zuschlagsbescheid von dem Werthe derjenigen Realverbindlichkeiten (z. B. Altentheile, Wohnungsrechte u. s. w.), welche der Erbscheider des Grundstückes mit übernimmt, ein Stempel zu erheben sei oder nicht. Diese Frage ist vom Finanzminister im Einverständnisse mit dem Justizminister bejaht worden.

Das Obergericht hat nunmehr in dem Armin'schen Landesvertragsproceß die Beschwerde des Rechtsanwalts Munkel gegen die Zurückweisung des Rechtsmittels der Nichtigkeitsbeschwerde als unbegründet verworfen und dabei den Rechtsgrundsatz angenommen, daß gegen ein Contumacialurtheil, gleichgültig, ob dasselbe von einem Schwurgericht oder von dem Staatsgerichtshofe gefällt ist, dem Angeklagten kein Rechtsmittel zusteht. Die Berufung des Grafen Armin hat somit die Rechtskraft beschritten und wird erst bei dessen eventueller persönlicher Stellung wieder aufgehoben.

Nach einer Mittheilung des „Berl. Act.“ würde die bereits zweimal verschobene Conferenz deutscher Eisenbahnverwaltungen in Sachen der Tarifreform nunmehr am 12. d. hier in Berlin zusammen treten.

Wie das „Lipp. Volksbl.“ meldet, ist in Lippe bisher kein Fall vorgekommen, daß auf eine Ehegeschickung nicht die Trauung gefolgt oder daß ein Kind ungetauft geblieben sei.

Orientalische Angelegenheiten.

Türkei. Seitens der Porte ist die anlässlich des Auseinandergehens der Conferenz angekündigte Note nunmehr den auf der Conferenz vertreten gewesenen Mächten zugestellt worden. Dieselbe wohnt in sehr bestimmter Form die Integrität und Autonomie der Türkei in allen ihren Landestheilen. Die Sprache ist eine sehr entschiedene und ist der Ausdruck der Politik Midhat Paschas.

Selbstverständlich werden die von demselben geschaffenen Institutionen hervorgehoben und die Rechte zur Einmischung Dritter in innere Angelegenheiten der Türkei bestritten.

Officiell wird unterm 5. d. aus Constantinopel gemeldet: Ehemalig Pascha ist durch kaiserlichen Hat zum Großvezir ernannt anstatt Midhats, welcher von Constantinopel entfernt wurde. Kadri Bey ist unter Erhebung in den Pascharang zum Präsidenten des Staatsraths, Nedvet Pascha zum Minister des Innern, Abdashides Effendi Russischer zum Finanzminister, Dhannes Effendi Tumisch zum Handelsminister, Haffim Pascha, bisher Gouverneur von Adrianopel, zum Justizminister und der Vorkascher Paris Sabit Pascha zum Gouverneur des Donauvilajets ernannt worden. Midhat's Sturz wurde durch die Diplomatie herbeigeführt, welche durch die wachsende Gährung in den Provinzen, sowie durch die wachsende Abhängigkeit des Sultans in das Palais berufen, wurde Midhat Pascha von dort sofort an Bord der kaiserlichen Yacht „Szzebin“ gebracht, welche sogleich nach dem Mitteländischen Meer abfuhr. Man glaubt, Midhat werde auf Syra landen. Die Wirkungen dieses Cabinetswechsels werden sich bald genug erkennen lassen.

Mit großem Eifer werden die Geseze zur reichen Ausführung der Verfassung vorbereitet. Bisher gelangte noch keine dieser Geseze zur Veröffentlichung. Die Porte beschloß auch, Sachmänner aus Europa zu berufen, welche in den Ministerien der Finanzen, des Handels, des Ackerbaues, der öffentlichen Arbeiten und im Kriegsministerium bei der Durchführung der Reformen zu Rathe gezogen werden sollen. Für das Kriegsministerium sollen diese Sachmänner aus Deutschland geholt werden, während bezüglich der anderen auf England und Frankreich reflectirt wird.

Die Porte nimmt Truppenzusammenschließungen an der dalmatinischen Grenze vor. Bei Nutzfwei sind 8000 Mann aufgestellt worden.

Ägypten. Der der ägyptischen Finanzverwaltung englischerseits beigeordnete Generalcontroleur Gerald Fitzgerald ist in Kairo eingetroffen; der französische Controleur wird nächste Tage erwartet. Die nach den Vorschlägen Göschen's und Zouberet's erfolgte, durch Decret des Khedives vom 28. November 1876 sanctionirte neue Organisation der Finanzpolitik tritt damit in Wirksamkeit.

Serbien. Die „Pol. Corr.“ meldet: Die Porte gab der serbischen Regierung die Grundlagen für die Friedensverhandlungen bekannt. Auf materielle Garantien verzichtend, beansprucht sie diplomatische Vertretung in Belgrad, Gleichberechtigung der Katholiken und Juden mit den Serben, Nichtduldung der Bildung bewaffneter Banden auf serbischem Gebiet, Verhinderung des Eindringens solcher Banden auf türkisches Gebiet, Nichtgestaltung geheimer Gesellschaften, Erhaltung der serbischen Festungen in gutem Zustande, Aufzählung der türkischen Flagge neben der serbischen auf denselben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Serbien alsbald eine Specialcommission nach Constantinopel entsenden wird.

Ausland.

Oesterreich. Frankreich setzt alle Hebel an, um in Wien eine Beteiligung an der Pariser Weltausstellung durchzuführen. Namentlich soll Graf Chambord auf seiner Durchreise alle seine persönliche Bereitschaft spielen lassen, damit Oesterreich die Schmach erparat bleibe, im „Schlepptau Preußens“ zu erscheinen. Man hofft daraufhin, das Plenum des österreichischen Reichsraths werde schließlich die von der Budget-Commission getrichenen Ausstellungscredite bewilligen. Auch von Seiten der Schweiz sieht eine diebende Antwort auf die französische Antwort nunmehr bevor. Es bestätigt sich, daß es neben politischen Erwägungen hauptsächlich englisch-Einflüsse gewesen, welche den eidgenössischen Bundesrath geneigt machten,

sich die Opfer aufzuerlegen, welche unleugbar für die Schweiz mit der Theilnahme an der 1878er Weltausstellung verbunden sind.

England. Die „Times“ beschäftigt sich mit der russischen Circularnote am 31. v. M. und meint, die Antwort der englischen Regierung werde im Einklang mit der Willensmeinung des Parlamentes unzweifelhaft dahin lauten, daß England sich vorbehalte, seine eigenen Interessen und die Interessen des allgemeinen Friedens zu Rathe zu ziehen und daß die Regierung den weiteren Gang der Ereignisse abwarten werde. Wolle Russland schneller zu Werke gehen, so werde es dies auf seine eigene Verantwortung thun müssen. Das Rundschreiben des Fürsten Gortschakoff werde schwerlich dazu beitragen, das englische Mißtrauen abzuschwächen. Es werde als Aufforderung zu dem Beginn eines Krieges betrachtet werden, aus welchem, wenn die Türkei ohne Bundesgenossen bliebe, Russland kaum erlangen könnte, Vortheil zu ziehen.

Die chinesische Regierung hat eine Anzahl weiterer Häfen dem internationalen Verkehr freigegeben. Die Vorbereitungen zur Eröffnung dieser neuen Vertragshäfen schreiten ersprießlich vor, so daß bereits am 1. April die Eröffnung stattfinden dürfte.

Aus der Provinz.

In den militärischen Kreisen trifft man bereits Vorbereitungen, um das in das laufende Jahr fallende fünfzigjährige Dienstjubiläum des Greshamcommandierenden unserer Provinz, des Generals der Infanterie von Blumenthal, festlich zu begehen.

Nachdem die Halle-Sorau-Gubener Eisenbahn in das Eigentum des Staates übergegangen ist, hat die Niederschlesisch-Märkische Bahndirection, welcher die Verwaltung der obigen Strecke übertragen ist, für dieselbe eine besondere „Königliche Eisenbahn-Commission“ eingesetzt, deren Sitz in Halle ist.

Vom 24. bis 27. d. M. wird der „St. Flügelzucht- und Vogelschutzverein für Eisleben und Umgegend“ seine „erste allgemeine Geflügel-ausstellung“, verbunden mit Prämierung und Verloosung, abhalten.

Halle. Der hiesigen Universität steht durch die Berufung des Professors Eck nach Breslau ein namentlich für die juristische Facultät empfindlicher Verlust bevor. Die hierdurch erledigte Professur soll dem durch seine Forschungen auf dem Gebiete des römischen Rechts auch in weiteren Kreisen bekannten Professor Pernice in Greifswald zugeacht sein.

Die von dem Halle'schen Lehrerverein beschlossene Begründung einer „Sterbekasse für Lehrer, Lehrerinnen und Lehrerfrauen“ in der Provinz Sachsen nähert sich ihrer Realisirung. Die Gründung der Kasse soll von dem Tage an datiren, an welchem 500 Mitglieder beigetragen und die ersten Prämien gezahlt haben. Ferner wird man sich dahin entschließen, für die einzelnen Epithorien oder Schulbezirke specielle Vertreter der Kasse anzustellen, welche dem Hauptvorstand durch Einziehung der Prämien und Uebernahme sonstiger notwendiger Arbeiten eine wesentliche Erleichterung bieten sollen.

Aus dem Saalkreise, 5. Februar. Am heutigen Nachmittag brannten im Dorfe Fischsdorf (Kr. Delitzsch) bei Spidendorf umweit Nienberg, von dem dem Gutsbesitzer Schnapperle gehörigen Horn'schen Bauergute das Wohnhaus und eine Strohscheune nieder. Ueber die Entstehung der Feuersbrunst ist noch nichts Näheres bekannt geworden.

Nordhausen, 4. Februar. Aus dem Nordborsdorfer Wolframshausen wird der „Nordzig.“ geschrieben, daß am 2. d. M. ein Postinspector aus Erfurt dabelst zur Revision der dortigen Postexpedition eingetroffen sei. Derselbe wurde an jenem Tage mit der Revision nicht fertig und setzte dieselbe am anderen Morgen fort, jedoch in Abwesenheit des Postregulanten, der es vorgezogen hatte, während der dazwischen liegenden Nacht zu verduften.

Aus Thüringen, 4. Februar. Vom 10. bis 12. März c. wird der Geflügelzucht

Civilstands-Register der Stadt Merseburg.

Vom 29. Januar bis 4. Februar 1877.
Eheschließungen: der Rentier Thimmel u. M. W. Walthers aus Torgau; der Detonom Wegeleben aus Genua u. F. F. Welle; der Handelsm. Hübner, Wittmer, u. D. Schürmer. — Geboren ein Sohn; dem Casarethwarter Hoffmann; dem Buchbinder Rehler; dem Kaufm. Braun; dem Dachdecker Steinbrück; dem Zimmergesellen Pfeiffer; ein außerehel. S.; eine Tochter; dem Hdb. Kunath; dem Kaufm. Meißner; dem Metallarbeiter Schaeffer; dem Handelsmann Schönbrodt; dem Badireur Lindner; dem Kanzlei-Mist. Grofmann; dem Bäckerm. Biehsch. — Gestorben: des Hdb. Jung 2, 4 J. 11 M., Herzenerfieber; der frühere Chirurg Böttger, 76 J. 9 M., Altersschwäche; eine außerehel. T., todtegeb.

Familien-Nachrichten.

Heute morgen wurde uns ein kräftiges Mädchen geboren.
Weifenfels, den 5. Februar 1877.
Osar Dietrich und Frau geb. Vondershausen.

Bekanntmachung.

Die Quartiergeber, welche im September v. J. Offiziere im Quartier gehabt und keine besondere Miethsentschädigung erhalten haben, werden ersucht, die Billets mit Namen und Charge derselben zur Erhebung des Servizes im Militär-Bureau einzureichen.
Merseburg, den 5. Februar 1877.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Nach der Polizei-Verordnung vom 22. März 1858 muß jeder Hund, welcher auf öffentlicher Straße und außerhalb der Stadt, oder an Orten betroffen wird, wo das Publikum sich aufhält, verkehrt oder zu verkehren pflegt, mit einem aus Draht bestehenden, über die Schnauze des Hundes hinausgehenden, das Beißen schlechterdings verbindenden Maulkorb versehen sein, widrigenfalls der Eigenthümer in eine Geldstrafe bis zu 3 Thaler event. verhältnißmäßige Haftstrafe verfällt, und der Hund weggeführt wird.
Wir bringen diese Vorschrift hiermit zur genauen Beachtung in Erinnerung.
Merseburg, den 2. Februar 1877.

Die Polizei-Verwaltung.

Die Herren Aler- und Hausbesitzer der Stadt Merseburg erlauben wir uns hiermit zu der diesjährigen ordentlichen Generalversammlung auf

Freitag d. 9. Febr. cr., Nachmittags 3 Uhr,
in der Restauration zum Herzog Christian einzuladen.
Tagesordnung: 1) Bericht über das letzte Geschäftsjahr, 2) Uebergabe dreier Sparausgaben, 3) Wiedereinführung des Kurzuges, 4) Fürsichtigen-Angelegenheiten, 5) Bericht einer Prozeßsache, 6) Wahl eines neuen Feldcomités.

Merseburg, den 4. Februar 1877.

Das Feld-Comité.

Freiwilliger Hausverkauf. Das dem Herrn Wagenmacher hier zugeh., in hies. Mälzerstraße unter Nr. 10 gelegene, ganz neu restaurirte 3 stöck. Wohnhaus mit 10 Stuben, 11 Kammern, 6 Küchen, Seitengebäude, Hof, Waschküchen u. sonst. Zubehör, soll **Sonnabend den 17. Februar cr. Nachmittags 3 Uhr im Hause selbst** meistbietend unter ganz günstigen Bedingungen verkauft werden, wozu ich Kaufwillige hiermit einlade.
Merseburg, den 30. Januar 1877.

H. Hirschfeld, i. A.

Holz-Auction.

Freitag den 9. d. M., früh 9 Uhr,
sollen einige 30 Haufen Reifholz in meinem Grundstück meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden.
C. Heuschkel, Heufelds Berg.

Auction.

Mittwoch den 14. Febr., von früh 9 Uhr an,
sollen im Saale der guten Quelle, Saalstraße Nr. 9, die in meinem Rückkaufgeschäft verfallenen Pfänder verkauft werden.
Etwasige Provolationen werden nur bis Montag den 12. d. M. angenommen.
Max Thiele.

Freitag und Sonnabend den 9. und 10. Februar steht ein Transport hochtragender Kühe und Kalben, sowie frischgemoldeuer Käse mit dem Küßlern zum Verkauf im **Gasthof zum goldenen Hahn in Merseburg.**
Gustav Perlich, Viehhändler aus Erfurt.

Eine Fuhrer Dinger ist abzufahren
Delgrube Nr. 18.
Ein freundliches Familien-Logis, Preis 24 Thlr., ist zu vermieten; zu erfragen **Dom Nr. 10.**

Taubenestler

sind vorrätig bei **Friedrich Winkler, Margarethenstr. 1.**
Die am Sonnabend bestellten Taubenestler bitte ich baldigst abzuholen.

Gummischuhe, Regenmäntel,
sowie alle Gummivarikel werden schnell und sauber reparirt von **Fliege, Vorwerk 7.**

Maskenball

des Kaufmännischen Vereins.

Die Anfahrt der Masken betreffend, bemerken wir, daß Herren Masken am Portal der Funkenburg, Damen-Masken auf der Reichseite an der Hausthür aussteigen.

Die Damengarderobe befindet sich links neben der Hausthür die Herrengarderobe in der Kegelbahnstube.
Außerdem ist im Sommertheater ein Umkleidecabinet für Herren eingerichtet.

Die Räume der Funkenburg sind am Donnerstag den 8. cr. für den Maskenball des Kaufmännischen Vereins reservirt und für alle Nichttheilnehmer geschlossen.
Der Vorstand.
G. Brandin.

P. P.

Hierdurch erlaube ich mir die ergebene Anzeige zu machen, daß ich mein **Conditor-Geschäft**, verbunden mit **Café**, in hiesiger Burgstraße an den Conditor Herrn **Adolph Richter** pachtwise übergeben habe, und mein in hiesiger Gotthardtsstraße belegenes **Wiener Café** selbst übernehmen habe.

Indem ich für das mir in so reichem Maße bewiesene Wohlwollen bestens danke, bitte ich, dasselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.
Merseburg, den 6. Februar 1877.

Carl Adam.

Auf vorstehende Annonce ergebens bezugnehmend, erlaube ich mir ein hiesiges und auswärtiges Publikum die ergebene Bitte zu richten, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. Durch meine langjährige Thätigkeit in den größten Conditorien Berlins bin ich in den Stand gesetzt, allen Anforderungen gerecht zu werden und mir durch meine Leistungen die Zufriedenheit zu erwerben.
Merseburg, den 6. Februar 1877.

Adolph Richter, Conditor.

Malzzucker u. Altthee-Tiemann's Restauration.

Bonbon,
prima Qualität, empfiehlt **G. Schönberger,**
Gotthardtsstraße 14.

Obstbäume,
hauptsächlich vorzüglich schöne Birnbäume, offerirt **C. Heuschkel.**
Ganz vorzüglich gute Roth- und Weissweine empfiehlt billigst **C. Heuschkel.**

Wiener Café.
Täglich Nürnberger Bockbier, nettig gratis, sowie Riebeck'sches Lagerbier und **Nürnberger Actien-Bier.**
Carl Adam.

Achtung!
Sonntag den 25. Februar cr., Abends 7 1/2 Uhr,
findet Seitens des **Landwehr-Gesang-Vereins** eine **musikalisch-theatralische Abendunterhaltung**

im Saale der Funkenburg zum Beiden der **Sterbe- und Unterstützungscasse des Landwehr-Vereins** statt. Unsere verehrl. Mitbürger und Freunde eruchen wir ergebens, dieses Unternehmen durch Entnahme von **Eintrittskarten** gütigst unterstützen zu wollen. Herr Kaufmann **Wiese** hier hat die Ausgabe dieser Karten freundlichst übernommen, auch haben wir uns außerdem erlaubt, zu diesem Zwecke durch den **Vereinsboten Focke** eine Liste in Umlauf setzen zu lassen. Durch den **Vereinsboten** erhalten auch die Mitglieder qu. Karten. **Der Vorstand.**

Gasthof zum goldenen Hahn.
Donnerstag den 8. Februar
Schlachtfest.
früh 9 Uhr Wellfleisch, Abends Brat- und frische Wurst, wozu ergebens einladet **H. Schmisch.**

Für die Redaction verantwortlich: **L. Köhner.** Druck und Verlag von **Hellig & Köhner.**

Donnerstag den 8. d. M.
Schlachtfest,
früh 9 Uhr Wellfleisch.

Rödel's Restauration.
Sonnabend den 10. Februar Abends 7 Uhr
Salzknochen.
900 Thlr.
der Expedition d. Bl.

Für leichte Hausarbeit wird eine anständige Aufwartung für den größten Theil des Tages gesucht. Zu erfragen **große Ritterstraße Nr. 8.**
Sonntag Abend wurde ein **Bismarckstragen** in der Unterarkenberg verloren. Gegen Belohnung abgegeben darselbst **Nr. 55.**

Dank.
In Anbetracht der musterhaften Führung, angelegentlichster Thätigkeit und Ausdauer bei den am 5. d. M. stattgehabten beiden Bränden sage ich den 3 Compagnien der hiesigen Feuerweh'r hierdurch meinen Dank.
Der Vöschdirector.

Bei unserer Verlegung von Halle nach Sorau laden wir alle Freunde und Bekannten ein herzlich willkommen zu sein. Halle a/S., Merseburg, den 5. Februar 1877.
H. Grune,
Zugführer der Halle Sorau-Gubenener Eisenbahn.
geb. Treff.

Ob das auch ein Irrthum ist mit der türkischen Schandede und dem grünen Ripstleide, wie mit den 700 Thalern, wo ich mich unterschreiben mußte? Augencheinlich beruht Alles auf einem Irrthum, geehrter Herr Secretair.
Z. G. geb. A.

Börsenversammlung in Halle.
vom 6. Februar 1877.
Getreidegewicht netto, Preise mit Ausschluß der Courtagen.
Weizen 1000 Kilo, in feinen Sorten preisbehaltend, geringe Waare weniger beachtet, geringe 192—204 Mk. bez., bessere 207—222 Mk. bez., feine 225—234 Mk. bez.
Roggen 1000 Kilo bei flauer Haltung 192—198 Mk. bez.
Gerste 1000 Kilo fand gute Käufer bei vorherigen Preisen, gewöhnliche Landgerste 166—169 Mk. bez., bessere 172—177 Mk. bez., feine und Chevalier 50—186 Mk. bez.
Hafer 1000 Kilo 173—180 Mk. bez.
Hülserfrüchte 1000 Kilo Victoria-Erbisen 201—210 Mk. bez., Bohnen p. 50 Kilo 10—10,50 Mk. bez., Linen p. 50 Kilo 10—13 Mk. bez., flane Haltung Kammeln 50 Kilo 47—48 Mk. bez., Kübbel 50 Kilo 37 Mk. bez., Futterweizen 50 Kilo 7 Mk. bez., kleine Roggen 6—6,25 Mk. bez., Weizenchaalen 5—5,25 Mk. bez., Gerstefleie 5,25—5,50 Mk. bez., Hafer 50 Kilo 3—4 Mk. bez., Strohh 50 Kilo 4 Mk. bez.



Freitag und Sonnabend den 9. und 10. Februar steht ein Transport hochtragender Kühe und Kalben, sowie frischgemoldeuer Käse mit dem Küßlern zum Verkauf im **Gasthof zum goldenen Hahn in Merseburg.**
Gustav Perlich, Viehhändler aus Erfurt.

Eine Fuhrer Dinger ist abzufahren
Delgrube Nr. 18.
Ein freundliches Familien-Logis, Preis 24 Thlr., ist zu vermieten; zu erfragen **Dom Nr. 10.**

Taubenestler

sind vorrätig bei **Friedrich Winkler, Margarethenstr. 1.**
Die am Sonnabend bestellten Taubenestler bitte ich baldigst abzuholen.

Gummischuhe, Regenmäntel,
sowie alle Gummivarikel werden schnell und sauber reparirt von **Fliege, Vorwerk 7.**

Merseburger Correspondent.

Erscheint:

Wöchentliche Beilage:

Abonnementspreis:

Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend früh 7 Uhr.
Zusätze: Die dreizehnpf. Beilage 6 Pf.
Expedition: Mühlstraße 8.

Illustrirtes Sonntagsblatt.

pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pf. durch den Gerumträger. — 1 Mark
25 Pf. durch die Post.

N. 17.

Donnerstag den 8. Februar.

1877.

Das allgemeine directe Wahlrecht.

Die Wahrnehmung von dem Anwachsen der Socialdemokratie, wie es bei den diesmaligen Wahlen constatirt wurde, hat vielfach die Frage hervorgezogen, ob man den aus einer fernerer Anschwellung der demagogischen Elemente drohenden Gefahren nicht durch eine Aenderung des bestehenden Reichswahlsystems begegnen solle. Es ist bekannt, daß es in deutschen Landtagen mit ihrem indirecten und Klassenwahlmodus der Socialdemokratie nirgends gelingt Boden zu gewinnen; sie versucht es gar nicht einmal in der Erkenntnis der Erfolglosigkeit solcher Bemühungen. Das schrankenlose Reichswahlsystem aber, welches die Stimmen lediglich zählt und nicht wägt, verleiht den untern Volksschichten eine ausschlaggebende Bedeutung, und wie die socialistische Agitation und Verführung dieses günstige Terrain zu benutzen versteht, haben wir an dem stets wachsenden Erfolg gesehen. Es wäre nun freilich leicht, den Socialdemokraten durch eine Abänderung des Wahlverfahrens die Fortwärtung des Reichstages so gut wie die des Landtags zu verschließen und es fehlt nicht an Andeutungen und Winkeln in dieser Richtung. Allein, wäre damit etwas gewonnen? Schafft man die socialistische Bewegung damit aus der Welt, daß man ihr die Möglichkeit nimmt, einige Reichstagsitze zu ermerben? Sicherlich nicht. Man würde sich höchstens in eine vererbliche Sicherheit einwiegen, man würde sich einer Selbsttäuschung über den Umfang dieser Bewegung und die Größe der Gefahr hingeben, wenn die Gelegenheit wegfiel, die ganze Stärke dieser Agitation und ihr Wachsthum von Zeit zu Zeit durch eine Abstimmung zu erweisen. Das Duzend Socialdemokraten im Reichstag ist gewissermaßen nur das Warnungssignal vor einer in den Tiefen unserer Gesellschaft gährenden Gefahr. Man muß dies Signal wohl beachten, nicht aber ihm die Möglichkeit entziehen, sich warnend vornehmlich zu machen und sich dann der Täuschung hingeben, die Gefahr sei beseitigt. Eine Aenderung des Wahlsystems wäre das Eingeständnis der Furcht und würde unsere Gegner nur Kühner und zversichtlicher machen. Die Bewegung würde mit und ohne Vertretung im Reichstag ihren Fortgang haben; sie würde sich nur geheimer und weniger controlirbar ausbreiten und plötzlich in Ländern wie vor furchtbaren Thatsachen, von deren Veranlassungen wir keine Ahnung gehabt. Statt das allgemeine Stimmrecht anzuklagen, sollte man ihm vielmehr danken, daß es uns rechtzeitig warnen. Es mögen im Ganzen bei diesen Wahlen 600,000 socialistische Stimmen abgegeben sein, und selbst wenn wir alle diese Männer für entschiedene und überzeugungsvolle Mitglieder der Socialdemokratie halten wollen, so ist damit jedenfalls die höchste Summe der heutigen Anhänger dieser Partei erreicht. Das Reich zählt aber sicherlich 15 Millionen wahlberechtigte Männer. Wir sehen also, wie bedeutend noch immer das Uebergewicht der staatsgesellschaftserhaltenden Kräfte ist. Aber freilich, sie müssen sich mehr als bisher sammeln und führen und der revolutionären Umfurzpartei mit aller Anstrengung entgegenarbeiten, damit, wenn sieber einmal die große Abstimmung erfolgt, das stoffige Kraut nicht noch höher aufgeschossen ist.

Deutschland.

Berlin. Se. Majestät der Kaiser hat dem Verein für die Geschichte Berlins, dessen Bestrebungen er die größte Aufmerksamkeit widmet, sein eigenes und des Kronprinzen Bildnis, von Fr. Hartwich lithographirt, zum Geschenk gemacht. — Die Kaiserin und die anderen hohen Herrschaften begaben sich am Sonnabend, dem 3. Februar, dem Geburtstage weiland der Prinzessin Karl, nach der Capelle des Schlosses zu Charlottenburg und legten dort auf dem Sarge der hochseligen Prinzessin Karl Kränze nieder. — Der Kronprinz hat an dem Gymnasium in Cassel ein Prinz Wilhelm-Stipendium von 1000 Mark jährlich errichtet. Diese Summe soll jährlich ein von dem Lehrercollegium vorgeschlagener würdiger und mittelbarer Schüler erhalten, um ihm den Besuch der Universität möglich zu machen. — Der Großfürst Konstantin von Rußland, Bruder des Kaisers Alexander, traf auf der Rückreise nach Petersburg am Sonntag Abend 9 Uhr aus Suttgart, wo derselbe der feierlichen Beisetzung der Leiche seines Schwiegersohnes, des Herzogs Eugen von Württemberg beigezogen hatte, hier ein und nahm im russischen Botenfahotel Wohnung. Derselbe setzte am Montag Abend seine Rückreise nach Petersburg fort. — Wie der „Reichsanzeiger“ schreibt, sind auf Grund des Art. 6 der Verfassung von Se. Majestät dem Könige von Sachsen der Minister der auswärtigen Angelegenheiten v. Nostitz-Wallwitz, an Stelle des aus dem sächsischen Staatsdienst geschiedenen Staatsministers Frhm. v. Friesen, und der Staatsminister v. Kohrbe zu Revolutionsminister ernannt. — Mit sehr großer Majorität hat am Dienstag das Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung des Zeughauses in Berlin, angenommen. Bei der Abstimmung über den entscheidenden § 1 der Vorlage erklärten sich nur die Ultramontanen und einige Mitglieder der Fortschrittspartei gegen den Entwurf. — Nach langer Pause hielt das Herrenhaus am Montag wieder eine Sitzung, und zwar, wie es nicht allzu häufig vorkommt, vor dicht besetzten Tribünen. Der Grund der Neugierde des Publikums war die auf der Tagesordnung stehende Interpellation des Grafen v. d. Schulenburg-Begehendorf wegen Aufhebung der Sequestration des Vermögens des vormaligen Königs von Hannover. Fürst Bismarck, der selbst erschienen war, erklärte, daß die Regierung zur Beantwortung bereit sei, und so begann denn der Interpellant die Begründung seiner Frage, welche Schritte die Regierung zu thun beabsichtige, um dem betreffenden vom hannoverschen Landtage gefaßten Beschluß Folge zu geben. Der Kernpunkt der Ausführungen des hochheudalen Redners war die Beschwerde, daß die Regierung ihre vertragmäßigen Verpflichtungen gegen den König Georg nicht erfüllt habe. Da-

Abtretung eines Hafens an Deutschland stipulirt sei. Wie sich aus einer Mittheilung ergibt, ist die letztere Nachricht unbegründet. Der König von Tonga hat, um der deutschen Marine die Einnahme von Bedarf nach Maßgabe der Gesetze des Landes zu erleichtern, im Besonderen um die Herrichtung einer Kohlenstation zu ermöglichen, im Freundschaftsvertrage der deutschen Regierung alle Rechte auf freie Benutzung des Grundes und Bodens an geeigneter Stelle, doch unbeschadet aller Hoheitsrechte, bewilligt, also weder die Landeshoheit noch einen Hafen abgetreten. — Die Staatsberathung im Abgeordnetenhaus hat sich, vornehmlich durch die leidige Taktik des Centrums, nutzlose Agitationsreden gewaltsam in die Debatte zu ziehen, so verlängert, daß eine Erledigung der Arbeiten zu dem ursprünglich in Aussicht genommenen Termin (etwa 20. Februar) nicht mehr zu erwarten ist, namentlich da die Regierung noch mit einer Anzahl neuer Vorlagen gekommen ist, wie derjenigen über die Veranlagung der Grund-, Klassen- und Einkommensteuer und vielleicht auch noch ein Gesetzentwurf über die Hebung der Provinz Preußen in dieser Session zu erwarten ist. Es wird sonach die Nothwendigkeit eines gleichzeitigen Tagens von Reichstag und Landtag nicht ganz zu umgehen sein; doch darf man hoffen, diese unerquickliche Situation werde nur wenige Tage andauern. Es ist dringend geboten, den Reichstag noch eine Woche im Februar für seine Beratungen gewinnen zu lassen; denn der Etat muß verfassungsmäßig vor dem 1. April vollendet sein, und der Reichstag wird jede Stunde seiner Arbeitszeit sorgsam zu Rathe halten müssen, um dieses Ziel zu erreichen. In Zukunft, wenn erst die Verlegung des Etatsjahres vollständig durchgeführt ist, wird die Nothwendigkeit, den preussischen Landtag im Januar einzuberufen, hinwegfallen, der Reichstag wird gleich nach Neujahr zusammentreten können, und es ist eine Erleichterung in der parlamentarischen Geschäftseinteilung zu erhoffen. —

